

Keine neuen Subventionszusagen für Ökostromanlagen!

Deutschland ist Europameister bei den Stromkosten. Das ist kein schöner Titel. Nirgendwo in Europa ist Strom für Haushaltskunden teurer als bei uns. Für Industriekunden liegt der Anteil an Steuern und Abgaben an ihrem Strompreis bei mittlerweile 52 Prozent. Es muss deshalb Schluss sein mit einer Energiepolitik nach dem Motto „Koste es, was es wolle!“

Die EEG-Umlage wird nächstes Jahr zwar von 6,8 auf 6,4 Cent pro Kilowattstunde leicht sinken; doch liegt das hauptsächlich an den Börsenstrompreisen, die von nur 2,9 Cent 2016 auf aktuell etwa 5,3 bis 5,5 Cent gestiegen sind. Doch das ist noch nicht alles. Im Jahr 2019 wird die sogenannte Offshore-Netzzumlage, mit der die Netzanbindung der Windparks auf hoher See bezahlt wird, sprunghaft ansteigen. Allein für diese „Nebenkosten“ des EEGs werden zusätzlich zur EEG-Umlage noch einmal 0,4 Cent fällig, die die Entlastungen bei der leicht sinkenden EEG-Umlage auf einen Schlag wieder zunichte machen.

Weiter gestiegen sind auch die Kosten für die Stabilisierung des Stromnetzes, die im Jahr 2017 den Rekordwert von 1,4 Milliarden Euro erreichten. Hessens Bürger und Betriebe zahlen hier die Zeche für den zu schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien, mit dem der Netzausbau einfach nicht Schritt hält. Wind und Sonne richten sich eben nicht nach der Stromnachfrage und sind auch nicht beliebig zuschaltbar. Dennoch erhalten Betreiber von Ökostromanlagen über das EEG feste Vergütungen – unabhängig davon, ob ihr Strom gebraucht wird oder transportiert werden kann. Weht der Wind nicht oder kann der Ökostrom nicht dorthin transportiert werden, wo er gebraucht wird, so springen konventionelle Kraftwerke ein, die ebenfalls vergütet werden müssen. Die Folge sind immer weiter steigende Netzentgelte.

Zusammen mit den gerade 2018 stark gestiegenen Börsenstrompreisen erleiden schon heute viele Unter-

PETER BARTHOLOMÄUS

warnt eindringlich vor einem „Weiter so“ in der Energiepolitik.



Der Autor (58) ist Vorsitzender des Energieausschusses der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) sowie Vorsitzender der Geschäftsleitung des Industrieparkbetreibers InfraServ GmbH & Co. Wiesbaden KG.

nehmen vom kleinen Bäcker bis zum Industriebetrieb Wettbewerbsnachteile durch die einfach zu hohen Gesamtkosten für die Stromversorgung. Die Ausschreibungen für Hochseewindparks haben zudem gezeigt, dass viele erneuerbare Energien bereits heute keine Subventionen mehr benötigen und alleine im Markt bestehen können. Für die Unternehmen, die wegen der hohen Strompreise um ihre Existenz kämpfen, ist jede weitere Förderzusage ein Schlag ins Gesicht.

Der Umbau des Energiesystems war eine gesellschaftspolitische Entscheidung. Die Kosten für den Umbau sollten deshalb von der gesamten Gesellschaft und nicht nur von den Stromkunden getragen werden. EEG-Einspeisevergütungen sowie insbesondere die Kosten zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit wie die Kosten für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze sollten zumindest teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Hessische Politiker sollten zugleich dafür eintreten, dass dies ohne Steuererhöhungen und weiteren Schuldenaufbau ermöglicht wird. Dass das nicht von heute auf morgen geht, ist klar. Die Politik muss sich aber endlich auf den Weg machen, um das Stromkostenproblem in den Griff zu bekommen! Bund und Länder müssen in der Energiepolitik entschlossen umsteuern. Kurzfristig sind drei Maßnahmen nötig:

Erstens dürfen in der laufenden EEG-Reform keine Sonderausschreibungen für Windräder durchgesetzt werden. Das Netz ist schon jetzt oft überlastet, wenn der Wind kräftig weht. Es wäre daher kontraproduktiv, weitere Anlagen unabhängig von der Nachfrage ans Netz zu bringen. Neuen Ökostromanlagen sollten deshalb keine Subventionszusagen mehr gemacht werden. Zweitens müssen Bundes- und Landesregierung die Stromnetze schneller ausbauen. Die Inbetriebnahme der sogenannten Thüringer Strombrücke zeigt, dass neue Kapazitäten im Stromnetz die Kosten für die Netzstabilisierung zumindest dämpfen können. Drittens sollten die Betreiber von Ökostromanlagen künftig mit in die Verantwortung für ein stabiles Stromnetz genommen werden. Sie müssen die Energiewende und insbesondere den Ausbau, die Nutzung und die Stabilisierung der Stromnetze mitfinanzieren.

Am Sonntag ist Landtagswahl. Die hessische Landesregierung hat über den Bundesrat erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung auch im Energiebereich. Wir hoffen sehr, dass die neu zu wählende Landesregierung sich ihrer Verantwortung für bezahlbaren Strom stellt und in den nächsten Jahren eine Energiepolitik der wirtschaftlichen Vernunft betreibt.